Vorlage an den Kreisausschuss

- Information -

Eingang:	30.09.2013
	KA 532 - 36 / 2013
TOP-Nr:	3

Betr.: Eilentscheidung gemäß § 108 ThürKO;
hier: **Information über eine Eilentscheidung des Landrates zur Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 55.000 € in der Haushaltsstelle 41018.74013 - Hilfe zum Lebensunterhalt iE (Suchtkrankenhilfe)**

Der Kreisausschuss wird hiermit über nachfolgende Eilentscheidung vom 18.09.2013 informiert:

Entscheidungstext:

Der Landrat genehmigt im Rahmen seines Eilentscheidungsrechtes nach § 108 ThürKO eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von **55.000 €** in der Haushaltsstelle **41018.74013 – Hilfe zum Lebensunterhalt iE (Suchtkrankenhilfe)**.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in der Haushaltsstelle **41800.17110 – Zuweisungen des Landes nach ThürAGSGB XII (Nachzahlung 2010)** in Höhe von **55.000 €**.

Begründung:

Im Rahmen der Nachtragsplanung 2013 erfolgte die Hochrechnung für die zu erwartenden Ausgaben in o. g. Haushaltsstelle mit einem Bedarf in Höhe von rund 135.000 €. Basis für die Berechnung waren die zum Zeitpunkt der Nachtragsplanung vorliegenden Fallzahlen der Suchtkrankenhilfe sowie die bis April 2013 getätigten Zahlungen an die Einrichtungen. Danach wurde mit monatlich durchschnittlichen Ausgaben in Höhe von ca. 11.200 € kalkuliert. Die Fallzahlen haben sich im Vergleich zu 2012 erhöht (Vgl. Januar 2012: 25 Fälle; Januar 2013: 28 Fälle; Mai 2013: 26). Die Fallzahl bei suchtkranken Hilfeempfängern schwankt jährlich.

Im Nachtragshaushalt 2013 wurde schließlich eine Erhöhung des Haushaltsansatzes von 80.000 € um 55.000 € auf insgesamt 135.000 € erforderlich.

Die aktuelle Sollstellung (18.09.13) beträgt 88.721,90 €. Die Mittel im Haushaltsring sind bereits ausgeschöpft. Um die zu gewährenden Leistungen zur Hilfe zum Lebensunterhalt iE im Bereich Suchtkrankenhilfe aktuell und für die verbleibenden Monate des Haushaltsjahres 2013 haushaltsrechtlich abzusichern, ist die überplanmäßige Ausgabe i.H.v. 55.000 € zum jetzigen Zeitpunkt sachlich und zeitlich unabweisbar.

Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe kann aufgrund entsprechender Mehreinnahmen in der Hhst. 41800.17110 in vg. Höhe realisiert werden. Im Ergebnis der Verwaltungsstreitsache Wartburgkreis . / . Freistaat Thüringen (Az.: 2 K 704/11 Me) vor dem VG Meiningen wurde mit Urteil vom 16.04.2013 der Freistaat Thüringen verpflichtet, dem Wartburgkreis einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 195.591,61 € zuzuweisen. Streitgegenstand des Verfahrens war der Bescheid vom 26.08.2010 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 01.12.2010 über die Zuweisung nach § 6 Abs. 3 i.V.m. Abs. 5 ThürAGSGB XII und die zugrunde liegende Zuweisungshöhe.

Der per Urteil zugesprochene Zuweisungsbetrag in vg. Höhe ist am 22.07.2013 auf dem Konto des Wartburgkreises eingegangen.

gez. Krebs
Landrat

gez. Gehret
Kreisbeigeordnete